

---

## **PRESSEMITTEILUNG zum Tag der Menschenrechte** **Zeitenwende für Menschenrecht – Schutz von Bildungseinrichtungen im Krieg**

[Wiesbaden, 10.12.2024] *Anlässlich des Tags der Menschenrechte 2024 fordert der World University Service (WUS), das Recht auf Bildung für alle zu gewährleisten - insbesondere für über 220 Millionen Kinder und Jugendliche in über 300 Kriegen und Konflikten weltweit.*

Der Tag der Menschenrechte erinnert an die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948. In Artikel 26 fordern die Vereinten Nationen das Recht auf Bildung für alle Menschen. Heute sind weltweit mehr als 220 Millionen Kinder und Jugendliche in über 300 Kriegen und Konflikten von diesem Menschenrecht ausgeschlossen, rund 115 Millionen Menschen sind aufgrund von Naturkatastrophen, Konflikten und Kriegen auf der Flucht und haben keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen.

„Wir unterstützen die Arbeit der Globalen Koalition zum Schutz von Bildung vor Angriffen (GCPEA), der Deutschland 2018 beigetreten ist. Das Abkommen soll dazu verpflichten, Bildung auch in Zeiten bewaffneter Konflikte zu schützen. Bisher haben 119 Staaten unterzeichnet, aber es bedarf gezielter Initiativen der Staatengemeinschaft, um den guten Absichten auch konkrete Taten zum Schutz von Bildungseinrichtungen folgen zu lassen und auch Bildungsangebote in Flüchtlingsunterkünften weltweit auszubauen“, so Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des World University Service (WUS).

Der jüngste Bericht der Globalen Koalition zum Schutz von Bildung vor Angriffen zeigt, dass immer mehr Universitäten und Schulen in Kriegen zerstört werden. In den Jahren 2022 und 2023 wurden demnach weltweit 6.000 Bildungseinrichtungen angegriffen, ein Anstieg von fast 20 Prozent im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Mehr als 10.000 Studierende, Lehrende und Forschende wurden dabei verletzt oder getötet. In jedem dieser Länder wurden Hunderte von Schulen bedroht, geplündert, niedergebrannt, mit improvisierten Sprengsätzen angegriffen oder von Artillerie oder Luftangriffen getroffen, heißt es in dem Bericht. Ein weiteres Problem sei die Besetzung und Nutzung von Schulen und Universitäten als Unterkünfte für Kämpfer.

„Stellvertretend für tausende zerstörte Bildungseinrichtungen weltweit möchte ich am Tag der Menschenrechte nur die zerstörten Schulen und Universitäten in den palästinensischen Gebieten, in der Ukraine, in der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan und in Myanmar nennen, mit der Folge, dass der jungen Generation in diesen Ländern ihr Menschenrecht auf Bildung zerschossen und zerbombt wird“, so Dr. Ghawami abschließend.